

# RS Vwgh 1999/4/22 98/20/0322

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 22.04.1999

## Index

41/02 Passrecht Fremdenrecht

## Norm

AsylG 1991 §12 Abs1;

AsylG 1991 §12 Abs3;

## Beachte

Miterledigung (miterledigt bzw zur gemeinsamen Entscheidung verbunden): 98/20/0323

## Rechtssatz

Asylanträge nach dem AsylG 1991 sind grundsätzlich erst dann als gestellt anzusehen, wenn diese entweder schriftlich oder mündlich beim Bundesasylamt eingebracht werden. Wird demnach ein schriftlicher Asylantrag bei einer anderen Behörde eingebracht, so gilt dieser erst dann als gestellt, wenn er nach Weiterleitung durch diese Behörde beim Bundesasylamt einlangt. Allerdings genügt gemäß § 12 Abs 3 AsylG 1991, dass aus dem Vorbringen DER WUNSCH

ERKENNBAR IST, IN ÖSTERREICH ASYL ODER SCHUTZ VOR VERFOLGUNG ZU ERHALTEN, um einen Asylantrag als gestellt anzusehen.

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1999:1998200322.X02

## Im RIS seit

11.07.2001

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)